

Eine neue Brücke über die Spree

Die Chance für die Neuordnung des Verkehrs



Bei der Veranstaltung am 17. Januar konnten sich die Gäste einen Eindruck von den Planungen machen.

Anfang 2018 wird die neue Brücke über die Spree eröffnet. Die neue Straße verbindet dann die Rummelsburger Landstraße mit der Köpenicker Landstraße und schafft eine neue Verkehrsverbindung zwischen Trep-tow und Köpenick. Neue Chancen aber auch neue Herausforderungen ergeben sich für unsere Kieze.

Schöneweide. Für Oberschöneweide besteht die Chance den Durchgangsverkehr, welcher sich derzeit noch durch die Siemens- und die Edisonstraße quält, aus dem Wohngebiet herauszunehmen. Damit der Verkehr aber auch tatsächlich die neue Brücke nutzt, müssen einige Maßnahmen erfolgen. So soll beispielsweise die Behelfsbrücke neben der Stubenrauchbrücke zurückgebaut und durchgängig Tempo 30 angeordnet werden. Das Ziel der Gespräche, welche ich in den letzten Wochen führte, war die teilweise Vorziehung dieser Maßnahmen. So könnte in der Edisonstraße, in Richtung Karlshorst, die rechte Fahrspur schon heute für den Radverkehr reserviert werden. Die Reduzierung der Fahrspuren

würde nicht nur die Straße sicherer sondern auch ruhiger gestalten.

Baumschulenweg. Was für Schöneweide eine Chance ist, wird für Baumschulenweg mehr Verkehr bedeuten. Wer von Köpenick zur Autobahn will, wird nach der neuen Spreebrücke die Fahrt durch Baumschulenweg fortsetzen. Im Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär Jens-Holger Kirchner (Grüne) habe ich daher für einen umgehenden Weiterbau der Straßen entlang des Britzer Verbindungskanals zur Autobahn gedrängt; ein Vorhaben, das seit Jahren angedacht aber immer wieder verzögert wurde.

Ein erstes Ergebnis der Gespräche ist, dass die Senatsverwaltung in einem nächsten Schritt zum Fachgespräch einladen und mit ExpertInnen und interessierten BürgerInnen über die Neuordnung des Verkehrs beraten wird. Sobald das Datum feststeht, werde ich auf meiner Internet- sowie meiner Facebookseite über den Termin informieren.

„Kamingespräche“ mit Andreas Geisel

Innensenator zur Inneren Sicherheit in Berlin

Veranstaltung mit Innensenator Andreas Geisel (SPD) und Lars Düsterhöft (MdB) im alten Rathaus Johannisthal.

Die Veranstaltungsreihe „Kamingespräche“ des Abgeordneten für Johannisthal, Nieder- und Oberschöneweide, Lars Düsterhöft im alten Rathaus Johannisthal wird fortgesetzt. Wieder möchte er mit den Einwohnern des Kiezes ins Gespräch kommen.

Diesmal geht es um ein brisantes Thema, das viele Bürger derzeit bewegt: Wie ist es um die Sicherheit in Berlin bestellt?

Als sachkundiger Referent und Gesprächspartner steht Innensenator Andreas Geisel zur Verfügung. Er wird zu Themen der Kriminalstatistik, Aufklärungsquote, Videoüberwachung und der konkreten Terrorgefahr für die Hauptstadt Berlin sprechen. Wie steht es um die Ausrüstung der Berliner Polizei? Reichen die bisherigen Kriterien und Maßstäbe, um potentielle Attentäter zu erkennen? Schlussendlich wird auch die Differenz zwischen gefühlter und messbarer Kriminalität beleuchtet.



**19. Mai 2017, 19 Uhr,
im Rathaus Johannisthal
(Sterndamm 102)**

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Montags, 14:30 - 17 Uhr
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 2. Quartal / 2017

100 Tage Rot-Rot-Grün

Einiges geschafft, vieles auf den Weg gebracht

Die Koalition aus SPD, Linke und Grüne war zunächst holprig gestartet. Die Diskussion um den schnell wieder entlassenen Staatssekretär Holm (Linke) überschattete die ersten Wochen. Etwas unbeobachtet blieb, dass der Senat ein 100-Tage-Programm auf den Weg brachte und damit begann, den sehr ambitionierten Koalitionsvertrag umzusetzen. Insgesamt 60 Vorhaben wurden innerhalb der ersten Tage angepackt.

Nun, 100 Tage später, kann man die erste Bilanz ziehen: Einiges ist geschafft, vieles ist auf den Weg gebracht. Für mich sind vier Dinge besonders herausragend:

Alle Turnhallen sind freigezogen. Berlin musste zur Unterbringung der zu uns geflüchteten Menschen 63 der über 1000 Turnhallen in Berlin als Notunterkünfte nutzen. Am 31. März konnte die letzte Halle geräumt werden. Bis zum Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 2017 sollen die Hallen saniert sein und dem Schulsport wieder zur Verfügung stehen.

Ebenso hat das Land Berlin einen landeseigenen Betrieb gegründet, der im April und Mai die ersten drei Flüchtlingsunterkünfte

übernommen hat. Mit dabei sind die Unterkünfte in der Wassersportallee und der Venusstraße Ecke Quittenweg.

Mehr Sicherheit bei der BVG. Die vor einigen Jahren abgeschafften gemeinsamen Streifen von Polizei und BVG wurden vom neuen Innensenator Andreas Geisel (SPD) wieder eingeführt. Sie sollen für ein Mehr an Sicherheit auf den Bahnhöfen und in den Bahnen der BVG sorgen.

Mietenspirale stoppen. Um die Bezahlbarkeit des Sozialen Wohnungsbaus zu erhalten, nutzt der Senat seine Möglichkeiten zur Dämpfung der Mietentwicklung und setzt die planmäßigen Mieterhöhungen bei rd. 50.000 Sozialmietwohnungen mit laufenden Förderverhältnissen aus.

Preis für das Sozialticket gesenkt. Für mehr Mobilität und Teilhabe wird das Sozialticket deutlich billiger. Der Preis wird an den ALG-II-Regelsatz angepasst und demnach ab 1. Juli nur noch 27,50 Euro betragen.

Die ersten 100 Tage sind geschafft. Ich freue mich auf die kommenden Aufgaben!

Ihr Lars Düsterhöft

Gute Arbeit in den Krankenhäusern?

Niedriglöhne bei Vivantes und Charité



Beschäftigte der CFM und der VSG demonstrieren gemeinsam für bessere Löhne

Gute Löhne für Ärzte sind selbstverständlich. Für das Pflegepersonal gibt es vernünftige Tarife. Schlechte Löhne kann man sich in diesen Bereichen aufgrund des Fachkräftemangels ohnehin nicht mehr leisten.

Wer aber das Essen zubereitet, das OP-Besteck sterilisiert oder den Empfang im Krankenhaus besetzt, wird in Berlin nicht gut bezahlt. Die zwei großen kommunalen Krankenhausbetriebe - Vivantes und Charité - sind da nicht besser. Vor einigen Jahren, als beide Konzerne noch große Verluste machten, gliederte man die Beschäftigten, die nicht unmittelbar mit der medizinischen Versorgung der Patienten zu tun haben, in Tochterunternehmen aus. Bei Vivantes ist dies u.a. die Vivantes Service Gesellschaft (VSG) und bei der Charité die Charité Facility Management GmbH. (CFM) In beiden Unternehmen gelten bis heute meist nur sogenannte Lohngrundsätze, welche in der Regel nur wenige Cent ober-

halb der Branchen-Mindestlöhne liegen.

Durch die neue Koalition ist es der SPD nun gelungen, die Rekommunalisierung dieser Tochterunternehmen festzuschreiben. Die Tochterunternehmen, die teils noch privaten Investoren gehören, werden in Zukunft wieder allein dem Land Berlin gehören und auch bei den Löhnen soll es schnell zu vernünftigen Tarifen kommen.

Das dies nicht alleine eine Willensfrage ist, wird schnell deutlich. Die Bezahlung aller MitarbeiterInnen nach den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst würde rund 56 Millionen Euro zusätzlich kosten. Jedes Jahr. Das dies unsere Krankenhäuser nicht einfach mal nebenbei erwirtschaften können ist klar.

Genauso klar ist aber auch, dass man Angestellte, die tagtäglich eine wichtige Arbeit leisten und damit die Versorgung der Patienten und Patientinnen gewährleisten,

nicht mit 10 Euro pro Stunde nach Hause schicken kann. Davon kann man in Berlin nicht ordentlich leben. Verantwortung bewusst werden.

Ein Spagat zwischen Anspruch und Realität. Diesen Spagat versuche ich zu wagen bzw. zu moderieren. Zahlreiche Gespräche führten in den letzten Monaten bereits dazu, dass das im Koalitionsvertrag gesteckte Ziel nicht aus den Augen verloren geht und die Vorstände der Klinikkonzerne sich ihrer

Sachgrundlose Befristungen im Jobcenter

Wer Arbeit vermitteln soll braucht gute Arbeitsbedingungen



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter leisten trotz erschwelter Bedingungen gute Arbeit.

Die Probleme und Herausforderungen innerhalb der Berliner Jobcenter nehmen für mich bereits sehr lange schon einen großen Stellenwert ein. Bereits in meiner Zeit als Bezirksverordneter war mir ein guter Draht zum Jobcenter sehr wichtig. Die gute Zusammenarbeit möchte ich als arbeitspolitischer Sprecher selbstverständlich fortführen.

Kürzlich konnte ich mit meiner Kollegin Bettina König den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenters Lichtenberg über die Schultern schauen. Was wir dort

vor allem mitnehmen konnten, ist die Tatsache, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter tagtäglich eine herausfordernde Arbeit leisten. Am Empfang müssen Sie mit den manchmal aufgebrachten Kundinnen und Kunden klarkommen, bei der Vermittlung sollen Sie auf Anhieb das passende Angebot haben und in der Leistungsgewährung darf trotz aufwendigster Berechnungen kein Fehler unterlaufen. Am Ende wird geprüft, ob Sie die Quoten und Vorgaben des Hauses bzw. der Regionaldirektion erfüllt haben. Dass Sie bei Ihrer

Arbeit freundlich, verständnisvoll und zuvorkommend sind, soll sich von selbst verstehen..

Wenn wir darüber sprechen, welche Instrumente die Mitarbeiter benötigen, um ihren Kundinnen und Kunden gut helfen zu können, müssen wir zunächst über Ihre Arbeitsbedingungen sprechen.

Laut der Regionaldirektion waren im Jobcenter Treptow-Köpenick zum Ende des vergangenen Jahres 12,7% des gesamten Personals befristet angestellt. In ganz Berlin waren dies 835 Vollzeitäquivalente. Von diesen 835 Vollzeitäquivalenten sind 783 ohne sachlichen Grund befristet., das sind über 90%! 760 davon sind übrigens bei der Bundesagentur für Arbeit angestellt. Mehrheitlich betroffen sind ausgerechnet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Menschen in Jobs vermitteln oder Leistungen bewilligen, und das, während sie im Grunde selbst immer am Rande der Arbeitslosigkeit stehen. Die Arbeitsverträge werden oft nur kurzfristig und dann auch wieder nur befristet verlängert. Dies ist ein Zustand, den ich nicht für vertretbar halte. Wenn sachliche Gründe vorliegen, ist gegen eine befristete Anstellung nichts zu sagen. Mein Eindruck ist aber, dass Befristungen ein Teil des Systems sind.

Ebenso müssen wir über die Vorgaben an die Jobcenter sprechen. Welche Auswirkungen die erwähnten Quoten haben, liegt leider nicht in der Hand des Landes Berlin. Die reine Erfüllung der Integrationsquote steht einer qualitativ guten Vermittlung im Wege und lässt den Druck auf die einzelnen Teams steigen. Ich habe die Hoffnung, dass wir nach den nächsten Bundestagswahlen eine Koalition haben, in der wir dieses Systemproblem anpacken können. Die Ziele

müssen realisierbar bleiben und dürfen in erster Linie nicht zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen.

Wenn es um gute Arbeitsbedingungen geht, dann müssen wir auch über den Sinn und Unsinn von Sanktionen sprechen. Termin versäumt, Job nicht angetreten - derartige Versäumnisse haben für viele Hartz IV Empfänger die empfindliche Folge, dass die Auszahlungen der Sozialleistung gekürzt werden. In meinen zahlreichen Gesprächen mit den Personalräten verschiedener Jobcenter habe ich bisher nur eine Person gehört, die das derzeitige Sanktionssystem gut fand. Vordergründig frage ich mich, wie es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter bei der Verhängung von Sanktionen geht und wie sie sich auf das Verhältnis zwischen MitarbeiterInnen und Kundinnen und Kunden auswirkt? Letztlich stellt sich auch die Frage, wie sich die Sanktionen auf das Verhalten Kundinnen und Kunden auswirkt. Zu einem vertrauensvollen Verhältnis tragen Sie meiner Meinung nach nicht bei. Aufgrund meiner Gespräche komme ich zu dem Schluss, dass wir die Sanktionen zumindest für leichte Vergehen abschaffen sollten und die KundenbetreuerInnen mehr Freiheiten beim Aussprechen bzw. Nicht-Aussprechen von Sanktionen benötigen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Jobcenter leisten trotz erschwelter Bedingungen gute Arbeit. Angesichts kontinuierlich sinkender Arbeitslosenquoten müssen wir mit Blick auf die Zukunft Bedingungen schaffen, die beiden Seiten gerecht werden. Hierzu benötigen wir die richtigen Instrumente. So erhoffe ich mir seitens der Senatsverwaltung Vorschläge, die über die Auflage von Maßnahmen hinausgehen.